

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

über die 30. Sitzung des

Rates der Stadt Brakel

am 12.02.2004

in Brakel, Sitzungssaal „Alte Waage“

Beginn: **18:00 Uhr**

Ende: **20:10 Uhr**

Anwesend sind unter dem Vorsitz des **Bürgermeisters Friedhelm Spieker** die Ratsmitglieder:

CDU

Allerkamp, Franz-Hermann
Beyermann, Elisabeth
Gerdes, Ferdinand
Giefers, Raimund
Grewe, Ursula
Krömeke, Johannes
Lange, Heinz
Lohre, Helmut
Markus, Norbert
Muhr, Adolf
Neu, Walburga
Nolte, Frank
Peter, Bernd
Röben, August
Rode, Alexander
Rose, Walter
Waldeyer, Peter (bis TOP 9)
Wulff, Michael

SPD

Aßmann, Peter
Fricke, Magdalene
Korte, Ekkehard
Kruse, Johannes
Löffelbein, Angelika
Multhaupt, Hans-Jürgen
Schrader, Helmut

UWG/CWG

Gönnewicht, Erwin
Rissing, Robert
Rohde, Burkhard
Rox, Franz
Wintermeyer, Paul

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Schulte, Meinolf

Von der Verwaltung nehmen teil:

StOVR Hermann Temme
StOAR Dieter Güthoff
StBAR Johannes Groppe
StAI Gehle
VA Andreas Oesselke

Es fehlt das Ratsmitglied:

Ahrens, Stephan

Der **Bürgermeister** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Gäste, die Vertreter der Presse sowie die Sitzungsteilnehmer und stellt die **Beschlussfähigkeit** fest.

Zu **Form und Frist** der Einladung ergeben sich keine Bedenken.

Die Tagesordnung wird anschließend wie folgt erledigt:

A) Öffentliche Sitzung

1. Erlass der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2004 und der Wirtschaftspläne des Wasser- und Abwasserwerkes für das Wirtschaftsjahr 2004

Drucksache Nr.: 348

Berichterstatter: StOAR Güthoff

Nach einer kurzen Einführung durch Bürgermeister **Spieker** stellt Ratsherr **Aßmann** folgende Anträge:

- 1.) In § 5 der Haushaltssatzung soll neben der Senkung der Gewerbesteuer auch die Grundsteuer B auf 350 Punkte gesenkt werden.
- 2.) Wie bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 29.01.2004 ausgeführt sollen die Haushaltsansätze für die Vereinsfördermittel der Kernstadt und die Mittel zur Verwendung der Bezirksausschüsse bestehen bleiben.
- 3.) Ferner sollen im Vermögenshaushalt 50.000,- € als Planungskosten für eine Mehrfachturnhalle eingestellt werden. (Dieser Antrag wurde ebenfalls bereits im Haupt- und Finanzausschuss beraten.)

Auf die Anfrage von Bürgermeister **Spieker** erklärt Ratsherr **Aßmann**, dass er auf die gestellten Anträge in seiner Haushaltsrede eingehen wird.

Die Ratsmitglieder kommen dahingehend überein, dass zunächst die Haushaltsreden gehalten werden und anschließend über die Anträge der SPD-Fraktion beraten wird.

Die Vorsitzenden der im Rat vertretenden Fraktionen nehmen anschließend zum Haushalt 2004 wie folgt Stellung.

CDU-Fraktion

Ber.: Ratsherr Lohre

Ratsherr **Lohre** kritisiert zunächst die späte Einbringung des Haushaltes 2004 und blickt diesbezüglich zurück an seine kommunalpolitischen Anfänge, zu der noch die Maxime galt, dass der Haushalt spätestens im Dezember verabschiedet sein musste. Diese Kritik richtet er aber nicht gegen die Verwaltung, sondern vielmehr gegen das Land NRW, dass erst Ende Januar diesen Jahres halbwegs verlässliche Zahlen und Daten geliefert hat.

Ferner zeigt Ratsherr Lohre die Folgen dieser Verspätungen dahingehend auf, dass durch eine späte Verabschiedung des Haushaltes auch erst die für Investitionen notwendige Ausschreibungen später erfolgen können und eine Auftragsvergabe und tatsächliche Fertigstellung einer Maßnahme somit auch immer später möglich ist zum Teil erst in den Wintermonaten. Leittragender hiervon ist mal wieder der Arbeitsmarkt.

Er führt aus, dass der glückliche Umstand der zusätzlichen Gewerbesteuereinnahmen durch eine Steuernachzahlung leider auch dazu führt, dass eine fraktionsübergreifende Zustimmung zum Haushalt 2004 in weite Ferne rückt und geht dabei insbesondere auf die seitens der SPD-Fraktion bereits in der Haupt- und Finanzausschuss-Sitzung gestellten Anträge ein.

Ratsherr Lohre erläutert hierzu, dass zunächst ein Sportentwicklungsplan zu erarbeiten ist, aus dem dann die erforderlichen Rückschlüsse gezogen werden können.

Bezugnehmend auf seine in der Haushaltsrede 2003 gemachte Aussage, dass bei einer verbesserten Einnahmensituation auch über eine Reduzierung der Steuern nachgedacht werden sollte, unterstützt er den seitens der Verwaltung gemachten Vorschlag, den Gewerbesteuerhebesatz auf 390 Punkte zu senken.

Mit Ausblick auf das Jahr 2005 und der in diesem Zusammenhang absehbaren verminderten Finanzausstattung der Gemeinden führt Ratsherr Lohre aus, dass seine Fraktion als Mehrheitsfraktion ihre besondere Finanzverantwortung wahr nehmen und Sonderwünschen, die den gesetzten Investitionsrahmen überschreiten nicht zustimmen wird.

Er erklärt, dass die CDU-Fraktion den eingeschlagenen Weg der kommunalen Finanzgesundheit konsequent weitergehen und verfolgen wird und verdeutlicht dies anhand der Schuldenentwicklung in der Stadt Brakel im Vergleich zu Bund und Land.

In den geplanten Investitionen von ca. 3,7 Mio. Euro sieht er ferner eine Verbesserung und Stärkung der Infrastruktur der Stadt Brakel und somit einen nicht unerheblichen Beitrag zur allgemeinen Verbesserung der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktlage und geht dabei auf die größeren Investitionen näher ein.

Ratsherr **Lohre** schließt seine Berichterstattung anschließend mit einem Dank an Bürgermeister Spieker und die Verwaltung für die Aufstellung des Haushaltes 2004 und die gute Zusammenarbeit und jederzeitige Auskunftsbereitschaft.

SPD-Fraktion

Ber.: Ratsherr Aßmann

Ratsherr **Aßmann** nimmt Bezug auf die prekäre Finanzsituation des Landes und erklärt, dass das Land versucht die Situation bei den Gemeinden möglichst nicht noch weiter zu verschlechtern. Hierzu merkt er an, dass die CDU/CSU es doch war, die einen Kompromiss für eine Reform der Gemeindesteuern im Vermittlungsausschuss verhindert hat. Weiter führt er aus, welche Beachtung einer Forderung zur Abschaffung der Gewerbesteuer geschenkt wird, wenn ein Herr Westerwelle oder aber ein Herr Merz diese äußert.

Herr Aßmann dankt Herrn Bürgermeister Spieker und der Verwaltung für die schnelle Einrichtung eines Jugendparlamentes, welches die SPD-Fraktion im Sommer 2003 beantragt hat, jedoch in der Leistungsbilanz der CDU verbucht wurde.

Anschließend bezieht er Stellung zum Haushalt 2004.

Zunächst stellt er die Entwicklung der Gewerbesteuer und der Schlüsselzuweisungen dar und erläutert weiter, dass das Haushaltssicherungskonzept als drohendes Gespenst am kommunalpolitischen Himmel sich nicht gezeigt hat, sondern vielmehr keine Rücklagenentnahme erforderlich ist, um den Haushalt auszugleichen.

Er nimmt Bezug auf die zu Anfang gestellten Anträge und erläutert, dass neben der Gewerbesteuer auch die im letzten Jahr angehobene Grundsteuer B gesenkt werden sollte, um nicht nur eine einseitige, ungerechte und unsoziale Entlastung der Gewerbetreibenden vorzunehmen.

Ferner bezieht sich Ratsherr Aßmann auf einen Ratsbeschluss aus dem Jahr 1998. Damals war es der erklärte Wille des Rates eine Mehrfachturnhalle im Grundschulzentrum zu bauen. Nach der Fertigstellung des Stadions im Pahlenwinkel sieht er es an der Zeit Geld für die Planung einer Mehrfachhalle vorzusehen, zumal der Sportunterricht an den Grundschulen wichtiger denn je ist, da immer mehr Kinder an Bewegungsarmut leiden. In diesem Zusammenhang teilt Ratsherr Aßmann mit, dass das Thema Ganztagschule angegangen werden muss.

Die zu Gunsten des Stadtjubiläums gestrichenen Vereinsfördermittel der Kernstadt und der Verfügungsmittel der Bezirksausschüsse sollen wieder in Ansatz gebracht werden, da die Vereine hervorragende Arbeit leisten und sollten daher, wie bisher unterstützt werden.

Kritisch sieht er die bevorzugte Bezuschussung der Dorferneuerung in Bellersen, auch die anderen Ortsteile könnten höhere Zuweisungen gebrauchen.

Ratsherr Aßmann geht kurz auf den in seinen Augen verschwenderischen Umgang von Steuergeldern seitens der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung sowie das „Müllchaos“ Ende 2003 ein.

Zum Abschluss seiner Ausführungen fasst er nochmals die gestellten Anträge zusammen und erklärt, dass bei deren Ablehnung die SPD-Fraktion gegen den Haushalt 2004 stimmen wird.

UWG/CWG-Fraktion

Ber.: Ratsherr Wintermeyer

Ratsherr **Wintermeyer** zeigt sich erfreut, dass der Haushalt ausgeglichen ist und sogar die Möglichkeit besteht, den Gewerbebetrieben der Stadt Brakel durch die Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer kurzfristig finanziell etwas mehr Spielraum zu verschaffen.

Er betont, dass aufgrund der absehbaren Verschlechterung der Finanzsituation in den nächsten Jahren von eigenen Anträgen abgesehen wird.

Ferner werden die Mitglieder der UWG/CWG-Fraktion dem vorgelegten Haushalt 2004 zustimmen.

Ferner verdeutlicht Ratsherr Wintermeyer, dass die Finanzausstattung der Kommunen von dem abhängig ist, was in Düsseldorf und Berlin, also durch Bund und Land, vorgegeben wird.

Es kann insbesondere nur deswegen auf einen Griff in die städt. Reserven verzichtet werden, da entgegen erster Ankündigungen, die Vorgaben für die Gewerbesteuer in der bisherigen Form belassen wurden und gleichzeitig durch die vorgezogene Steuerreform der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer anstieg.

Besonders positiv stimmt ihn, dass die im letzten Jahr beschlossene Anhebung der Gewerbesteuer fast vollständig zurück genommen werden konnte.

Ebenso fließt die jahrelange Forderung der UWG/CWG-Fraktion nach mehr Finanzmitteln für die Straßen und Wirtschaftswege in den Haushalt 2004 mit ein.

Für das laufende Jahr hat Ratsherr Wintermeyer im Zusammenhang mit den Haushaltsvorgaben einige Wünsche und Erwartungen, wie z.B. eine baldmöglichste Aufstellung des Sportentwicklungsplanes oder das Bemühen der Industrie- und Mittelstandsbetriebe in Brakel, dass aufgrund der Senkung der Gewerbesteuer Arbeitsplätze erhalten oder auch neu eingerichtet werden.

Ferner wird seitens der UWG/CWG-Fraktion erwartet, dass kein weiteres ‚Tafelsilber‘ (wie die Flächen in Auenhausen) verkauft wird.

Ratsherr Wintermeyer ist der Meinung, dass bestimmte Baumaßnahmen nur mit der Zustimmung der Bürger erfolgen sollen und bezieht sich hierbei auf den geplanten Brunnen in Hembsen.

Über all den kleinen Wünschen und Erwartungen steht aber die große Forderung nach einer Ankurbelung der Wirtschaftskonjunktur durch Bund und Land, da eine vorausschauende Stadtpolitik auch in Brakel nur mit verlässlichen Eckdaten und langfristigen Finanzrichtlinien möglich ist.

Abschließend bedankt sich Ratsherr Wintermeyer beim Bürgermeister und dem Kämmerer für den vorliegenden Haushaltsentwurf 2004 und wünscht allen Anwesenden, dass das laufende Jahr ohne zusätzliche negative Finanzüberraschungen verlaufen wird.

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ber.: Ratsherr Schulte

Ratsherr **Schulte** beginnt seine Ausführungen damit, dass für ihn als Kommunalpolitiker die Rede zur Einbringung des Haushaltsentwurfs durch den Bürgermeister ein Höhepunkt im Laufe des politischen Jahres ist. Hierbei bezieht er sich nicht auf die konkreten Zahlen, sondern vielmehr die Begründungen und die Zusammenhänge, die Bürgermeister Spieker findet, um den Haushalt für das jeweils kommende Jahr als äußerst schwierig und kaum zu bewältigen darzustellen. Die Schuld daran tragen demnach der Bund und das Land.

Ratsherr Schulte bezieht sich auf die Aussage von Bürgermeister Spieker, dass der Eindruck entsteht, dass die höheren Staatsebenen durch ihr mangelndes eindeutiges Verhalten zeigen, dass ihnen die kommunale Ebene entweder unbekannt oder ziemlich egal sei.

Er bestätigt diesen Eindruck an der Thematik der Beibehaltung der Gewerbesteuer, die erst im Dezember letzten Jahres mit einem Minimalkonsens des Vermittlungsausschusses abgeschlossen wurde.

Die hierdurch entstehende Politikverdrossenheit führt für ihn zu folgendem Fazit: Resignieren gilt nicht. Wer soll es denn sonst schaffen, wenn nicht die Kommunalpolitik?

Ratsherr Schulte erläutert weiter, dass es aber auch Erfreuliches zu vermelden gibt, so z.B. die Senkung der Gewerbesteuer, um damit einen kleinen Beitrag zur Ankurbelung der Konjunktur in Brakel zu geben oder auch den Aspekt, dass durch die Reduzierung der Verschuldung und den damit einhergehenden nicht zu zahlenden Zinsen den Bürgern der Stadt Brakel quasi Geld geschenkt wird.

Die Verbesserung der Schulsportsituation der Grundschulen an der Klöckerstraße hat für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erste Priorität. Ebenfalls ganz oben steht der Bereich Bildung, Kindergärten und Ganztagsbetreuung, so Ratsherr Schulte.

Hierzu führt er aus, dass 75% der Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung und für Zinsen und Tilgung verbraucht werden. Nur ein Viertel für alles andere und davon nur ein kleiner Teil für Bildung, Forschung und Entwicklung. Dieses muss in den Augen Schultes dringend verändert werden, wenn ein Absturz in die Zweit- oder gar Drittklassigkeit verhindert werden soll.

- 6 -

- 6 -

Er führt weiter aus, dass seine Fraktion es begrüßt, dass die Stadt Brakel als Schulträger eine namhafte Summe für die Verkabelung der Schulen ausgibt und, dass das

Land die Investitionspauschale in Höhe von 805.100 Euro zur freien Verfügung stellt. Ebenso freut sich Ratsherr Schulte über die Schlüsselzuweisungen in Höhe von 3,8 Mio. Euro.

Mit Blick auf das neu eingerichtete Jugendparlament wünscht er den jungen Leuten viel Erfolg bei ihrer Arbeit und sagt eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ihren Beschlüssen zu.

Anschließend bezieht sich Ratsherr Schulte auf seine im letzten Jahr an dieser Stelle gemachte Prognose, dass 2004 ein besseres Jahr als 2003 werden wird, und bestätigt diese.

Er wünscht sich und allen anderen Anwesenden, dass das Jubiläum der Stadt Brakel mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern gefeiert wird und die Wahlbeteiligung an der Kommunalwahl 2004 hoch ist. Denn das heißt, dass die Arbeit im Rat anerkannt wird und sich viele Bürger für die Probleme der Stadt Brakel interessieren und sie auch als die ihren betrachten.

Zum Abschluss seiner Ausführungen erklärt Ratsherr Schulte, dass seine Fraktion dem Haushalt 2004 zustimmen wird.

Bürgermeister Spieker dankt den Fraktionsvorsitzenden für ihre Statements und führt aus, dass er grundsätzlich optimistisch aber auch realistisch eingestellt ist. Er gibt seiner Freude Ausdruck, dass er für 2003 und 2004 verbesserte Zahlen vorlegen kann. Er weist aber auch auf den im Jahr 2005 erfolgenden Finanzausgleich des Landes hin, der die Kommunen i.H.v. 1 Mrd. Euro belasten wird.

Anschließend werden die seitens der SPD-Fraktion gestellten Anträge beraten.

Antrag 1: Senkung der Grundsteuer B auf 350 Punkte

Ratsherr Lohre führt aus, dass keine freie Spitze für eine solche Maßnahme vorhanden ist. Die Senkung der Gewerbesteuer soll dagegen zu einer Arbeitsplatzsicherung führen.

Ratsherr Wintermeyer stimmt Ratsherrn Lohre und seinen Ausführungen zu und erklärt, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen wird.

Ratsfrau Löffelbein fragt Ratsherrn Lohre, ob er eine Garantie auf eine Arbeitsplatzsicherung geben kann.

Lohre erwidert darauf, dass eine derartige Garantiezusage nicht möglich ist; vielmehr verbindet er seine Bitte und Hoffnung hiermit.

Bürgermeister Spieker führt aus, dass er mit den betreffenden Steuerzahlern gesprochen hat und diese um ein Zeichen für die heimische Wirtschaft gebeten haben. Er hofft ferner, dass die Senkung der Gewerbesteuer zu weiteren Firmenansiedlungen führt.

Beschluss:

Der Rat lehnt bei **7 Gegenstimmen** den Antrag der SPD-Fraktion zur Senkung der Grundsteuer B auf 350 Punkte **mehrheitlich** ab.

- 7 -

- 7 -

Antrag 2: Beibehaltung der Vereinsfördermittel für die Kernstadt und der Mittel zur Verwendung der Bezirksausschüsse

Ratsherr Aßmann führt aus, dass die Vereine bereits bei den Hallenkosten beteiligt wurden. Vielmehr sollte versucht werden bei den Ausgaben für die Jubiläumsveranstaltungen zu sparen.

Ratsherr Lohre teilt mit, dass die CDU-Fraktion sich ebenfalls durch Aktionen an den Kosten des Stadtjubiläums beteiligen will. Ferner spricht er sich dagegen aus, die gemachten Beschlüsse wieder aufzuheben.

Die derzeit noch bestehende Finanzierungslücke soll kleiner und nicht größer werden, so Bürgermeister Spieker, da die in der Sitzung des Rates am 27.05.2003 beschlossene Finanzierung (Hälfte Haushalt/Hälfte Sponsoring) nicht mehr aufrecht erhalten werden kann.

Beschluss:

Der Rat lehnt bei **7 Gegenstimmen und 1 Enthaltung** den Antrag der SPD-Fraktion zur Beibehaltung der Vereinfördermittel für die Kernstadt und der Mittel zur Verwendung der Bezirksausschüsse **mehrheitlich** ab.

Antrag 3: Bereitstellung von 50.000,- € als Planungskosten für eine Mehrfachsporthalle

Bürgermeister **Spieker** führt aus, dass die Sporthalle an der Grundschule Brakel noch voll verkehrssicher ist. In unmittelbarer Nähe befinden sich eine Dreifach- sowie eine Zweifachsporthalle, für welche die Stadt Brakel jährlich insgesamt 20.000,- € Miete zahlt.

Der Neubau einer Mehrfachsporthalle verursacht Kosten von ca. 2,5 Mio. €. Die jährlichen Unterhaltungskosten belaufen sich geschätzt auf 250.000 €.

Als Einnahmen für derartige Zwecke stehen nur noch 42.000,- statt der bisher angenommenen 50.000,- € als Sportpauschale zur Verfügung.

Er teilt ferner mit, dass die Verwaltung beauftragt ist, im Laufe des Jahres einen Sportentwicklungsplan zu erstellen.

Ratsherr **Korte** erwidert, dass seit 1998 ein Beschluss für den Bau einer Grundschulsporthalle besteht. Er sieht hierin eine Verschleppungstaktik, da die finanzielle Situation in Zukunft nicht besser wird. Herr Korte kritisiert, dass nicht genug Vorsorge getroffen wurde.

Ratsherr **Lohre** entgegnet, dass zunächst der Entwicklungsplan erstellt werden sollte, bevor man über konkrete Planungen nachdenkt.

Auf die Anmerkung von Ratsherrn **Aßmann**, dass die beantragten Planungskosten als eine „Hausnummer“ gedacht sind, erwidert Bürgermeister **Spieker**, dass die Grundschulsporthalle zwar alt, aber nicht baufällig ist.

Er führt weiter aus, dass er die Mehrfachnutzung von Sporthallen positiv sieht und auch noch weitere Hallen zur Nutzung zur Verfügung stehen.

Ferner ist zu beachten, dass man im Hinblick auf die Sportpauschale, betroffene Hallen zunächst einmal sanieren kann, bevor man diese gleich abreißt.

- 8 -

- 8 -

Ratsherr **Aßmann** erklärt, dass der Hinweis auf die Abgängigkeit der Grundschulhalle durch die Bauverwaltung getroffen wurde.

Ratsherr **Rose** zieht einen Vergleich zu dem vor einigen Jahren nicht mehr zu bauenden Bauhofes, da die Räumlichkeiten des Kreisbauhofes übernommen werden konnten. Ebenso ist jetzt zu beachten, dass die Zahl der Geburten sinkt und hierdurch Kapazitäten frei werden könnten.

Beschluss:

Der Rat lehnt bei **7 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen** den Antrag der SPD-Fraktion zur Bereitstellung von 50.000,- € als Planungskosten für eine Mehrfachsporthalle **mehrheitlich** ab.

Beschluss:

Der Rat beschließt bei **7 Gegenstimmen mehrheitlich**, der nachstehenden Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2004 und der dem Haushaltsplan beigefügten Wirtschaftspläne des Wasser- und Abwasserwerks der Stadt Brakel für das Wirtschaftsjahr 2004 zuzustimmen.

H a u s h a l t s s a t z u n g d e r S t a d t B r a k e l f ü r d a s H a u s h a l t s j a h r 2 0 0 4

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. 07 1994 (GV. NRW. S. 666), in der zur Zeit gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Brakel mit Beschluss vom 12.02.2004 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2004, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Verwaltungshaushalt**

in der Einnahme auf	21.174.304,00 €
in der Ausgabe auf	21.174.304,00 €

im **Vermögenshaushalt**

in der Einnahme auf	6.917.180,00 €
in der Ausgabe auf	6.917.180,00 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2004 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf **391.000,00 €** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf **695.600,00 €** festgesetzt.

§ 4

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite**, die im Haushaltsjahr 2004 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **2.000.000,00 €** festgesetzt.

§ 5

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2004 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

- | | | |
|-----|---|------------------|
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) auf | 240 v. H. |
| 1.2 | für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 381 v. H. |

- | | | |
|----|----------------------|------------------|
| 2. | Gewerbesteuer | 390 v. H. |
|----|----------------------|------------------|

§ 6

Haushaltssicherungskonzept entfällt.

§ 7

1. Als „**künftig umzuwandelnd (ku)**“ bezeichnete Planstellen der Angestellten und Arbeiter sind bei Freiwerden nach Maßgabe der Erläuterungen des Stellenplanes in niedrigeren Vergütungs- bzw. Lohngruppen auszuweisen.
2. Soweit im Stellenplan der Vermerk „**künftig wegfallend (kw)**“ angebracht ist, dürfen diese Stellen, soweit sie frei werden, nicht mehr besetzt werden.

§ 8

Über- und außerplanmäßige Ausgaben im Sinne des § 82 GO NRW sind **geringfügig**:

1. wenn sie nicht einen Betrag von 1.500,00 € überschreiten.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben im Sinne des § 82 GO NRW sind **unerheblich**:

1. bei gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen,
2. bei der Umschuldung von Krediten,

3. bei inneren Verrechnungen,
4. wenn sie nicht einen Betrag von 6.000,00 € überschreiten,
5. über 6.000,00 €, wenn sie den Haushaltsansatz um nicht mehr als 25 % überschreiten.

Alle **erheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben** bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates der Stadt Brakel.

2. Friedhofswesen der Stadt Brakel

a) Erlass einer neuen Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Brakel

Drucksache Nr.: 349
Berichterstatter: StAI Gehle

Nach kurzer Sachverhaltsdarstellung beantwortet StAI **Gehle** die Anfrage des Rats Herrn **Lohre** nach der in § 9 Abs. 3 des Satzungsentwurfes festgesetzten max. Sarggröße dahingehend, dass es sich hierbei um vorgegebene Werte handelt und in Ausnahmefällen möglich ist, auch größere Särgе zuzulassen.

Die Anfrage des Ratsherrn **Korte**, ob es zu § 9 Abs. 1 der Satzung schon konkrete Anfragen gegeben hat, beantwortet Bürgermeister **Spiеker** dahingehend, dass mit dieser Regelung nur solche Fälle abgedeckt sind, bei denen die Religion eine Bestattung ohne Sarg vorsieht, z.B. im Islam.

Ferner führt er aus, dass es eine konkrete Anfrage gegeben hat, diese aber vor dem Hintergrund der Bestattungskosten erfolgte.

Beschluss:

Der Rat beschließt als **einstimmig**, die Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Brakel mit der Ergänzung, auch samstags Beerdigungen gegen Kostenersatz zuzulassen, zu beschließen.

Die Satzung wird als **Anlage 1** Bestandteil der Niederschrift.

b) Erlass der 10. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung zur Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Brakel

Drucksache Nr.: 350
Berichterstatter: StAI Gehle

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig**, die 10. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen der Stadt Brakel mit der Ergänzung, dass für eine Samstagsbeerdigung ein Zuschlag von 100 € zu zahlen ist, zu beschließen.

Die Satzung wird als **Anlage 2** Bestandteil der Niederschrift.

3. Aufstellung von einheitlichen Vorschlagslisten für die Benennung der Schöffinnen und Schöffen für die Strafkammer des Landgerichts Paderborn und das Schöffengericht Höxter sowie Benennung von Personen als Jugendschöffen und Jugendhilfsschöffen für die Jugendkammern und Jugendschöffengerichte für die Geschäftsjahre 2005 - 2008

Drucksache Nr.: 351
Berichterstatter: StOVR Temme

StOVR **Temme** gibt in seiner Sachverhaltsdarstellung die durch den Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 29.01.2004 vorgeschlagenen folgenden Personen bekannt:

Strafkammern des Landgerichts Paderborn	
1	Lohre, Helmut
2	Grewe, Ursula
3	Löffelbein, Angelika
4	Rohde, Burkhard
Schöffengericht Höxter	
1	Beyermann, Elisabeth
2	Korte, Ekkehard
3	Langsch, Klemens
Jugendkammern des Landgerichts Paderborn	
1 (weibl.)	Neu, Walburga
Jugendschöffengericht	
1 (weibl.)	Müller, Annelore
2 (männl.)	Fischer, Arno
3 (männl.)	Pläßmeier, Friedhelm

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig**,

- a) die in der Sitzung von den Fraktionen genannten Personen in die Vorschlagslisten aufzunehmen, für die Strafkammern des Landgerichts Paderborn und das Schöffengericht Höxter zu wählen und dem Amtsgericht Brakel mitzuteilen,
- b) die in der Sitzung von den Fraktionen genannten Personen dem Landrat des Kreises Höxter für die Jugendkammern des Landgerichts Paderborn und das Jugendschöffengericht Höxter zu benennen.

4. Ausbau der Straßen „Am Heineberg“ und „Giefersweg“ in der Kernstadt Brakel

- Beschluss zur Durchführung einer Einwohnerversammlung gemäß § 23 GO NRW

Drucksache Nr.: 352
Berichterstatter: StBAR Groppe

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig**, eine Einwohnerversammlung gem. § 23 GO NRW i.V.m. § 5 der Hauptsatzung der Stadt Brakel zur Unterrichtung der Bürger über den anstehenden **Ausbau der Straßen „Am Heineberg“ und „Giefersweg“ in der Kernstadt Brakel** durchzuführen. Sie findet am **Mittwoch, den 03.03.2004, um 19:00 Uhr im Sitzungssaal der „Alte Waage“ in Brakel** statt. Folgende Mitglieder des Rates werden zur Teilnahme an der Versammlung bestimmt:

CDU-Fraktion:	Walter Rose	Michael Wulff (Vertreter)
SPD-Fraktion:	Ekkehard Korte	Helmut Schrader (Vertreter)
UWG/CWG-Fraktion:	Franz Rox	Erwin Gönnewicht (Vertreter)
Fraktion "Die Grünen":	Meinolf Schulte	Stephan Ahrens (Vertreter)

5. Dorferneuerung im Stadtbezirk Bellersen – Umgestaltung der Ortsdurchfahrt

- Beschluss zur Durchführung einer Einwohnerversammlung gemäß § 23 GO NRW

Drucksache Nr.: 353

Berichterstatter: StBAR Groppe

Beschluss:

Der Rat beschließt **einstimmig**, eine Einwohnerversammlung gem. § 23 GO NRW i.V.m. § 5 der Hauptsatzung der Stadt Brakel zur Unterrichtung der Bürger über die anstehende **Umgestaltung der Ortsdurchfahrt im Stadtbezirk Bellersen** durchzuführen. Sie findet am **Donnerstag, den 04.03.2004, um 19:00 Uhr in der Meinolfushalle Bellersen** statt. Folgende Mitglieder des Rates werden zur Teilnahme an der Versammlung bestimmt:

CDU-Fraktion:	Norbert Markus	Ursula Grewe (Vertreter)
SPD-Fraktion:	Angelika Löffelbein	Helmut Schrader (Vertreter)
UWG/CWG-Fraktion:	Paul Wintermeyer	Burkhard Rohde (Vertreter)
Fraktion "Die Grünen":	Stephan Ahrens	Meinolf Schulte (Vertreter)

6. Erklärung des Bürgermeisters zu einer Anfrage eines Ratsmitgliedes in der Sitzung am 11.12.2003

Berichterstatter: Bürgermeister

Bürgermeister **Spieker** bezieht sich auf die Anfrage der Ratsfrau Fricke bezüglich eines in Radio Hochstift veröffentlichten Interviews bezüglich des Projektes „Arche Noah“ und erläutert, dass er sich nicht entgegen des Ergebnisses des Tourismus-Ausschusses geäußert hat. Anschließend lässt er einen Mitschnitt des betreffenden telefonischen Interviews abspielen.

Ratsfrau **Fricke** entgegnet, dass ihre Anfrage nicht als Vorwurf gemeint war, sondern sie eine Diskrepanz zu den Beratungsergebnissen gesehen hat. Bürgermeister **Spieker** erwidert, dass keine Diskrepanz diesbezüglich besteht.

7. Bekanntgaben der Verwaltung

Berichterstatter: Bürgermeister Spieker

Gleichstellungsbeauftragte

Bürgermeister **Spieker** gibt bekannt, dass demnächst eine neue Gleichstellungsbeauftragte ihren Dienst im Rathaus der Stadt Brakel verrichten wird, da die bisherige Gleichstellungsbeauftragte, Frau Ide, schriftlich mitgeteilt hat, dass sie dieses Amt ab 01.01.2004 nicht mehr ausüben möchte. Nach interner Ausschreibung und Zustimmung durch den Personalrat wird Frau Edeltraud Greff diese Tätigkeit zukünftig wahrnehmen. Frau Greff ist Sachbearbeiterin im Standesamt und wird ergänzend hierzu als Gleichstellungsbeauftragte wie im bisherigen Rahmen tätig. In diesem Zusammenhang werden die Sprechzeiten der Gleichstellungsbeauftragten von bisher Donnerstags auf Mittwochs nachmittags verlegt werden.

Einwohnerzahlen der Stadt Brakel

StOVR **Temme** gibt die aktuellen Einwohnerzahlen für die Stadt Brakel bekannt, erläutert die Entwicklung dieser Zahlen und teilt anhand von Folien den Anteil ausländischer Mitbürger hieran mit. Die vorgestellten Folien sind der Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt.

8. Anfragen der Ratsmitglieder

Journal „Weg und Fähre“

Ratsherr **Korte** regt an, in dem im hiesigen Raum vertriebenen Journal „Weg und Fähre“ verstärkt für Brakel zu werben und über Brakel zu informieren. Bürgermeister **Spieker** nimmt diese Anregung dankend auf.

Baumfällung vor der Stadthalle Brakel

Ratsherr **Schulte** fragt nach dem Grund für die Baumfällungen vor der Stadthalle Brakel. StBAR **Groppe** teilt hierzu mit, dass die betroffenen Bäume aufgrund einer Untersuchung einer Fachfirma gefällt werden mussten, um auch weiterhin die Verkehrssicherheit im Bereich vor der Stadthalle sicherstellen zu können. Auf die ergänzende Anfrage des Ratsherrn **Schulte**, gibt StBAR **Groppe** ferner mit, dass Nachpflanzungen in diesem Bereich erfolgen werden.

Destillationsanlage in Bellersen

Ratsherr **Aßmann** fragt an, ob die Antragsstellung für die Zuschüsse zur Destillationsanlage in Bellersen durch die Stadt Brakel erfolgt ist. Bürgermeister **Spieker** führt hierzu aus, dass sich in Bellersen eine Kommanditgesellschaft bestehend aus dem Heimat- und Verkehrsverein Bellersen und dem ortsansässigen Wirt gegründet hat. Die Mittel aus dem seitens der Stadt Brakel gestellten Zuschussantrages werden an diese KG weitergeleitet und daher nur als durchlaufender Posten zu bewerten.

Er erläutert ferner, dass zukünftig das Obst der Streuobstwiesen in den anderen Brakeler Ortschaften in Bellersen verarbeitet werden kann und darf.

Die Verständnisfrage des Ratsherrn **Multhaupt** nach dem Kommanditisten und Komplementärs der KG wird von Bürgermeister **Spieker** beantwortet.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Mit einem Dank an die Teilnehmer schließt Bürgermeister **Spieker** die Sitzung.

Spieker
Bürgermeister

Oesselke
Schriftführer

Anlagen

zur Niederschrift

**über die 30. Sitzung des Rates
der Stadt Brakel**

am 12.02.2004